



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Alexander Ulrich MdB



BERLIN INFO für den Sitzungstag am 6.-10.12.2021

- Zur Wahl der neuen Bundesregierung
- Namentliche Abstimmung zur Einführung einer berufsbezogenen Impfpflicht
- Namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Linken zur Einführung einer Pflegeprämie
- Unser Antrag - Patente für Impfstoffe, Therapeutika und Tests zur weltweiten Eindämmung von Corona jetzt freigeben
- Aktuelle Stunde - Für ein Ende der Eskalation an der russisch-ukrainischen Grenze

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Olaf Scholz wurde in dieser Woche zum Kanzler gewählt, die Bundesregierung steht. Ich habe, genauso auch die gesamte Linksfraktion, Scholz nicht gewählt. Mit dieser Regierung wird das Land weder sozialer noch gerechter und die Welt kein Stück friedlicher! Null Bürgerversicherung, null Umverteilung von oben nach unten, null Bekämpfung der Altersarmut, dafür aber eine erschreckende Aufrüstungsrhetorik. [[Eine Nachricht zum Thema von Amira Mohamed Ali, Dietmar Bartsch, Gregor Gysi](#)]

Namentliche Abstimmung zur Einführung einer berufsbezogenen Impfpflicht - In einem Schnellverfahren hat der Bundestag über den Gesetzentwurf der Ampelkoalition zur „Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19“ abgestimmt. Der Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht, so wie es der Gesetzentwurf, der im Übrigen extrem kurzfristig vorgelegt wurde, vorsieht, kann ich nicht zustimmen. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht könnte arbeitsrechtliche Konsequenzen - wie zum Beispiel Kündigung oder Sanktionen - für Beschäftigte haben, die ich als gewerkschaftlich organisierter Abgeordneter ablehne. Die Gewerkschaft Verdi und der DGB lehnen eine solche einrichtungsbezogene Impfpflicht mit Blick auf die Beschäftigten ebenfalls ab. Es besteht die Gefahr, dass der Pflegeberuf noch mehr an Attraktivität verliert und bereits frustrierte, da schlecht bezahlte und überarbeitete, Pfleger*innen ihren Job niederlegen.

Besser wäre es jetzt Impfangebote zu erweitern, über Impfstoffe verstärkt aufzuklären und Impfpatente endlich freizugeben. Bereits im Sommer hätten Bürger*innen zu Impfungen eingeladen werden, Termine verschickt und Impfteams in Pflegeheime und anderen sozialen Einrichtung geschickt werden müssen. Das verloren gegangene Vertrauen vieler Menschen in das Gesundheitssystem hätte man längst stärken müssen, z. B. in dem Privatisierungen im Gesundheitsbereich gestoppt, öffentliche Krankenhäuser und Pflegeheime subventioniert und Pfleger*innen und Krankenhauspersonal besser bezahlt werden.

Der Gesetzentwurf der Ampelkoalition enthält aber auch gute Maßnahmen, wie Regelungen für einen verlängerten erleichterten Zugang zu den sozialen Mindestsicherungssystemen und die Gewährung des Kurzarbeitergeldes für einen längeren Zeitraum. Diese Regelung unterstütze ich im Interesse der Betroffenen nachdrücklich. Ich habe mich daher zum Gesetzentwurf der Ampelkoalition enthalten.

Namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Linken zur Einführung einer Pflegeprämie - Seit Jahren kritisieren wir als Linke die unsoziale Gesundheitspolitik, unter der Patient*innen, Krankenhauspersonal und Pfleger*innen leiden. Anstelle einer Impfpflicht, sollten die Pflegekräfte endlich ordentlich bezahlt werden! DIE LINKE fordert in ihrem Antrag, über den am Freitag Namentlich abgestimmt wurde, die Einführung einer Pflegeprämie. [[Antrag](#)]



Unser Antrag - Patente für Impfstoffe, Therapeutika und Tests zur weltweiten Eindämmung von Corona jetzt freigeben - Es ist beschämend, dass die Bundesregierung eine der treibenden Kräfte bei der Verhinderung einer gemeinwohlorientierten, globalen Produktion von Impfstoffen ist. Wir wollen sie stattdessen verpflichten, den Antrag bei der Welthandelsorganisation auf befristete Aussetzung der Patente von Impfstoffen und Therapeutika zu unterstützen. [[Antrag](#)]



Aktuelle Stunde - Für ein Ende der Eskalation an der russisch-ukrainischen Grenze - "Die momentane Zuspitzung des Konflikts ist besorgniserregend. Der militärische Aufmarsch und die Konzentration russischer Truppen sind gefährlich, die Aufrüstung der Ukraine durch die USA, die Türkei und weitere NATO-Staaten ebenso. Es ist an der Bundesregierung, eine Vermittlerrolle einzunehmen und eine mögliche Entspannung nicht durch einseitige Parteinahme zu verspielen." sagt Ali Al-Dailami in einer Aktuellen Stunde. [[Rede](#)]

Weitere Infos auf meiner [Homepage](#) und im [Newsletter](#) der Fraktion DIE LINKE.

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Alex de Ulrich".

Euer Alexander